

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbn d

Inhalt

43. Jahrgang / 9

14. Januar 1988

Horst Peter MdB zur Ver-
luderung postliberalen Den-
kens: Bangemanns „Skla-
verei“-Vergleich greift die
Verfassung an.

Seite 1

Reinhold Hiller MdB zum
Lübecker Protest gegen die
Atommülltransporte: Ein
Lehrstück aus Schleswig-
Holstein.

Seite 4

Heinz Menzel MdB zum Ab-
wasser-Problem: Unter un-
seren Füßen tickt die Zeit-
bombe.

Seite 5

Dr. Dietrich Sperling MdB
zur Baupolitik der Bundes-
regierung: Einsicht und feh-
lende Konsequenz.

Seite 8

Verluderung postliberalen Denkens

Bangemanns „Sklaverei“-Vergleich greift die Verfassung an

Von Horst Peter MdB

Martin Bangemann, unser Heinz Erhardt der Wirtschaftspolitik der 80er Jahre, der nun wirklich in keiner Weise seinen eigenen Elite-Vorstellungen gerecht werden kann, hat in seiner unnachahmlichen Art erklärt: „Der Wohlfahrtsstaat ist der unmenschlichste Staat, den man sich denken kann, weil er die Menschen intensiver versklavt, als es früher die klassische Sklaverei vermocht hat.“

Dieser Unsinn erhält nicht mehr Sinn dadurch, daß Bangemann bei dem „Wall-Street-Journal“-Propheten George Gilder abgeschrieben hat:

„Die Konservativen wissen und betonen schon lange, daß Armut weniger eine Einkommensfrage als vielmehr eine Sache der geistigen Einstellung ist und daß Unterstützung durch die Öffentliche Hand die meisten der Menschen, die davon abhängig werden, zu Krüppeln macht. Seit Beginn des ‚Feldzugs gegen die Armut‘ hat die moralische Verkrüppelung, hervorgerufen durch die Abhängigkeit von Unterstützungen, epidemische Ausmaße angenommen. Die moralischen Gefahren, die von den gegenwärtig überzogenen Programmen ausgehen, sind offenkundig. Die Arbeitslosenunterstützung fördert die Arbeitslosigkeit. Das Kindergeld macht abhängiger vom Staat und zerrüttet die Familie. Die Kranken- und Invalidenversicherung begünstigt, daß sich kleinere Wehwehchen zu zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit und die Arbeitsunfähigkeit zu Frühinvalidität auswächst. Deshalb sollten alle Programme, deren moralische Gefahren ihren Nutzen übertreffen, eingeschränkt werden - am besten durch Kürzung der Auszahlungen.“

Soweit die Quelle!

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verbinden Sie uns
mit unseren Redaktionen
Kreuzing-Papier



Es genügt nicht, diese Aussage des Wirtschaftsministers als dümmlich zurückzuweisen. Und wer sich jetzt von Koalitionssseite davon distanzieren wird, distanziert sich nicht vom Inhalt, sondern ist nur entsetzt über die Offenheit, mit der Bangemann seine Mentalität kundgibt und ausspricht, was Politik dieser Regierung ist.

Zwar müßte man eigentlich fragen, was Bangemann meint und ob er überhaupt Kenntnis von den Dingen hat, über die er räsonniert. Meint er nun die klassische Sklaverei des klassischen Altertums, und ist sie schon deswegen „klassische“ Sklaverei, meint er die vom Christentum mit seinem Aufstieg zur herrschenden Religion und zur Religion der Herrschenden akzeptierte Sklaverei der nachrömischen Zeit, meint er die Hörigenverhältnisse des Mittelalters, der frühen Neuzeit, die Leibeigenen, die noch existierende Sklaverei im afro-amerikanisch-asiatischen Raum, oder die moderne „Lohnsklaverei“.

In der europäischen Tradition, der der Postliberale Bangemann sichtlich nachtrauert, wies die Gesellschaft einer großen Zahl Menschen die Rolle „sprechender Werkzeuge“ zu. Dieser Status hatte für ihre Eigentümer den mit dem Einbruch kapitalistischer Strukturen unzeitgemäßen Kostenfaktor, die Verantwortung für den Unterhalt dieser Werkzeuge tragen zu müssen. Es war auch der Sinn der kapitalistischen Revolution, diese „sprechenden Werkzeuge“ aus der persönlichen Bindung an den Eigentümer zu lösen, sie freizumachen zu freien Rechtssubjekten mit der Konsequenz, daß sie durch den stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse gezwungen wurden, sich als freie Lohnarbeiter zu jeder Bedingung dem „Arbeit“-geber verkaufen zu müssen und nun selbst die Verantwortung für „ihr Leben“ trugen.

Im Arbeitsprozeß ging die Emanzipation zu einer entsprechenden Selbstverantwortung nicht so weit. Die moderne Maschinerie macht den Arbeiter immer mehr zu einem „sprechenden Werkzeug“, läßt ihn gar zum menschlichen Anhängsel der Maschine werden.

Man muß Bangemann konzedieren, daß er zu Recht erkannt hat, daß die kapitalistische Revolution um ihren Erfolg betrogen wird, wann durch den Wohlfahrtsstaat, der die Menschen von existenziellen Risiken befreit, durch die wohlfahrtsstaatliche Umverteilung der Eigentümer der Produktionsmittel quasi durch die Hintertür wieder zur Verantwortung für den Unterhalt seiner Arbeitnehmer herangezogen wird. Der Sinn der kapitalistischen Revolution war doch, die Arbeitskraft der Menschen weiter ausbauen zu können, ohne sich um deren Existenzbedingungen scheren zu müssen.

Es wäre deshalb aus historischer Sicht ungerechtfertigt, Bangemann vorzuwerfen, er wolle zurück in die Sklavenhaltergesellschaft. Bangemann will zurück in den Frühkapitalismus. Es ist jedoch auch die Veränderung postliberalen Denkens, die aus dieser Aussage herauszulesen ist, die entsetzt. Bangemann kann sich nicht vorstellen, welche Misere es für die damals von Sklaverei Betroffenen bedeutet hat, unfrei, Sklave zu sein. Bangemann kann sich nicht vorstellen, welchen tatsächlichen Fortschritt an Sicherung der Würde des Menschen der Wohlfahrtsstaat für die, die seiner bedürfen, darstellt. Man fragt sich, was soll unmenschlich daran sein, wenn die Gesunden die Kosten des Krankseins der Kranken mittragen, immer in der Gewißheit, daß auch sie krank werden können. Was soll unmenschlich daran sein, daß über die Bundesanstalt für Arbeit Vorsorge für den Fall der



Arbeitslosigkeit getroffen wird, die heute wegen Bangemann immer häufiger, immer länger, immer mehr Menschen trifft? Was soll unmenschlich daran sein, daß die Arbeitenden die materielle Existenz der Rentner sichern, weil die heute Arbeitenden auf den Leistungen der Rentner aufbauen und selbst einmal Rentner werden.

Bangemann meint ja nicht im Ernst, daß die Arbeitnehmer durch den Wohlfahrtsstaat versklavt würden, er meint, der Wohlfahrtsstaat „versklavt“ die Reichen, die sich mit einer Yacht bescheiden müssen, die durch die wohlfahrtsstaatliche Steuerpolitik in ihrer Entscheidung, sich eine zweite Yacht zu kaufen, eingeschränkt werden, weil sie statt dessen zur Wohlfahrt derjenigen beitragen müssen, die mit ihrer Hände Arbeit Bangemanns und Flicks u.a. Müßiggang finanzieren. Sein Vorbild Gilder sieht schon die „Verfolgung der Reichen durch die Steuerbehörde“. Daher weht der Wind.

Leider ist in der postliberalen FDP niemand mehr, der Bangemann den Hinweis gibt, daß schon Streithofen der CDU vorschrieb, daß der Rechtsstaat wichtiger sei als der Sozialstaat, niemand mehr, der soviel rechtsstaatliche Sensibilität besitzt, um zu erkennen, daß sich Bangemann mit dieser Diffamierung des Sozialstaates gehörig an unserer Verfassung vergreift. Wo bleiben die, die angesichts des Frankfurter „Soldaten“-Urteils eine verfassungsmäßige Institution diffamiert und verleumdet sehen, angesichts dieses diffamierenden Angriffs auf ein tragendes Element unserer Verfassungsordnung?

Doch diejenigen, die jetzt schweigen, sie sind wirklich auf der Höhe des Zeitgeistes und des kapitalistisch-bürgerlichen Bewußtseins. Der Sklavenhalter sah in seinem Sklaven lebendes Inventar, sprechende Werkzeuge. Der Bauindustrielle Klaus Ewig aus Hildesheim: „Wir haben uns vom (unqualifiziertem) Schrott befreit und haben jetzt nur noch erstklassiges Menschenmaterial.“ Ewig ist Bundesverdienstkreuzträger.

Es soll deshalb nochmals wiederholt werden. Die sich von diesen Aussagen distanzieren, sind nicht bestürzt über den Inhalt, sie sind bestürzt über die Freimütigkeit, mit der die postliberale Mentalität offenbart wird, sich schonungslos selbst enthüllt. Die morsche geistige Wende spült in ihrem Fäulnisprozeß das an Denkstrukturen offen zu Tage, die durch das Solidarprinzip längst überwunden schienen.

Es ist deshalb mehr als eine Wortspielerei, wenn als Zielvorstellung der Koalitionsregierung die Installierung einer „Apartheid“-Ökonomie festgestellt wird. Den bürgerlichen Begründungen der kapitalistischen Gesellschaft war schon immer ein versteckt rassistischer Zug zu eigen. Dieser rassistische Zug beseelt die Elite-Theorien, beseelt die Vorstellungen von Selektionsmechanismen des Marktes, der Schule, die Selektion in zur Führung Befähigte und zum Dienen und Arbeiten Verdammte. Lesen wir bei Gilder: „Die leistungsfähige kapitalistische Gesellschaft lebt von der Leistungsfähigkeit, der Schöpferkraft und dem Führungswillen der Kapitalisten. Die demokratische Masse kann weder produktiv noch kreativ tätig sein; sie ist nur fähig, zu reagieren und zu ratifizieren.“

(-/14.1.1988/rs/ks)

* * *



43. Jahrgang / 9 / 14. Januar 1988

Was die in Lübeck regierenden Sozialdemokraten auf die Straße trieb

Ein Lehrstück über Atommülltransporte, „rechtsfreie Zonen“ und anderes mehr

Von Reinhold Hiller (Lübeck) MdB

Lübeck, 13. Januar 1988, 6.00 Uhr morgens. Am Nordlandkai, im Hafen dicht vor den Toren der Stadt, protestieren mehrere hundert Menschen in der Dunkelheit und Kälte gegen die Verladung von hochradioaktivem, extrem giftigem - weil plutoniumhaltigem - Atommüll auf ein Spezialschiff aus Schweden. Verhindern können sie den Transport der tödlichen Fracht allerdings nicht.

Das haben - seit dem zufälligen Bekanntwerden der Pläne, ab 1987 abgebrannte MOX (= Mischoxid: Plutonium- und Uranoxide) Brennelemente aus bundesdeutschen Kernreaktoren über Lübecker Häfen zur Endlagerung in Schweden zu verschiffen - die Sozialdemokraten des nördlichsten Bundeslandes parlamentarisch und juristisch - vergeblich - versucht.

Im schleswig-holsteinischen Landtag, im Bundestag und in der Lübecker Bürgerschaft versuchten SPD-Abgeordnete, Möglichkeiten zur Verhinderung des Transports und des Umschlags radioaktiver Wirtschaftsgüter zu finden. Ergebnis: nach dem Atomgesetz haben Gemeinden und ihre kommunalen Körperschaften keine Rechte, sich und ihre Bürger vor den Gefahren der höchstgefährlichen Atomtransporte zu schützen. Da die Unionspolitiker in der atomrechtlich allein zuständigen Bundes- und Landesregierung unisono überzeugt sind, daß es sich „bei der Beförderung von radioaktiven Stoffen und spaltbaren Substanzen um übliche Transportvorgänge“ handele, deren Sicherheit durch Vorschriften des Gefahrgutrechtes und des Atomgesetzes gewährleistet sei, halten sie besondere Maßnahmen zur Katastrophenabwehr oder Katastrophenschutzpläne für überflüssig.

Dieser naiven Glaubensgewißheit mochten die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein und in Lübeck - zumal nach der Explosion des Tanklastzuges in Herborn und dem Sichtbarwerden des Vertrauensmißbrauchs der Atomwirtschaft, der im Bestechungskandal um Transnuklear wie die Spitze eines Eisbergs erkennbar wird - nicht folgen. Mit ihrer Mehrheit im Lübecker Stadtparlament, der Bürgerschaft, und im Senat der altherwürdigen Hansestadt nahmen sie sich - nachdem Gerichte dem Lübecker Antrag auf ein Transportverbot nicht entsprochen hatten - das Recht, durch eine „Unterlassungsverfügung“ die atomare Gefährdung von Lübeck fernzuhalten. Diese aber wurde von der CDU-Landesregierung kassiert. Als „Fachaufsicht“ setzte sie die Verladung des Atommülls durch.

Das trieb nun die Lübecker Sozialdemokraten gemeinsam mit anderen besorgten Bürgern und Bürgerinnen auf die Straße - und morgens um 6.00 Uhr zum Nordlandkai. Trotz ihrer parlamentarischen Mehrheit in Lübeck sahen sie sich zu diesem außerparlamentarischen Protest gezwungen: Ihr „Gewissensnotstand“ erfordere, daß sie sich nicht widerstandslos der Weisung der „Fachaufsicht“ fügten. Gemeinsam mit führenden Gewerkschaftern der Stadt forderten die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und der Bürgerschaft, unterstützt von allen Lübeckern Abgeordneten des Land- und Bundestages sowie führenden Vertretern der Landespartei und ungezählten Genossen und Genossinnen der SPD-Ortsvereine bei ihrer Mahnwache am Nordlandkai den sofortigen Stopp der Stromtransporte und den Ausstieg aus der Kernenergie.

Am 13. Januar 1988 hat sich die Atomlobby wieder einmal durchgesetzt. Der noch geschäftsführende Innenminister der hochbelasteten Minderheitsregierung in Kiel drohte dem Lübecker Senat mit „disziplinarischen Maßnahmen“ dafür, daß dieser versucht habe, trotz entgegenstehender Gerichtsentscheidung und fachaufsichtlicher Weisung den Atommülltransport zu verhindern. Einen „Gewissensnotstand“ will der CDU-Innenminister für den Lübecker Senat nicht gelten lassen.

Ich frage mich allerdings, was denn ein Minister des ehemaligen Kabinetts Barschel, der auch, nachdem der Skandal der Kieler Staatskanzlei und schleswig-holsteinischen CDU offenkundig geworden war, keine Notwendigkeit zu grundlegender Erneuerung sieht, von Gewissensnotstand versteht, der zum Handeln zwingt. Wenn der an seinem Regierungsamt klebende Minister sich und seine Partei nun zum Garanten dafür aufspielt, „daß in Schleswig-Holstein Recht und Gesetz noch durchgesetzt werden“, klingt das mitten aus dem Kieler Sumpf wie dumpfes Wahlkampfgetümmel. Immerhin hat „die Tendenz rechtsfreie Zonen zu schaffen“ von denen der Minister meint - mit Verweis auf die Hamburger Hafenstraße und den Lübecker Nordlandkai - warnen zu müssen, den Kern, daß sie Menschen vor un-absehbaren Gefährdungen bewahren möchte, und das Ziel, eine in die Zukunft tragfähige Rechtsgrundlage zu schaffen für Probleme, die mit den Instrumenten der Vergangenheit nicht zu bewältigen sind.

Dasselbe kann von der Unrechts-Zone, die Barschel in der Kieler Staatskanzlei geschaffen hatte und dem Beharren der schleswig-holsteinischen CDU auf ihrem überholten Anspruch auf die althergebrachte Regierungsmacht ja wohl nicht behauptet werden. Es gibt also viele gute Gründe, am 8. Mai in Schleswig-Holstein die SPD zu wählen.

(-/14.1.1988/rs/ks)

* * *



Unter unseren Füßen tickt die Zeitbombe

Das Abwasser-Problem muß endlich ernstgenommen werden

Von Heinz Menzel MdB

Unter Fachleuten ist es schon längst kein Geheimnis mehr, daß unser Kanalsystem undicht ist: 300 Millionen Kubikmeter Abwasser versickern Jahr für Jahr im Untergrund, sprich unseren Böden.

Ursache ist unser poröses und an vielen Stellen brüchiges Kanalisationssystem. Konservative Wissenschaftler vertreten da auch heute noch die Ansicht, wir könnten ruhig die bisher eingesetzten Materialien weiter verwenden; durch Abwasserschlamm verdichteten sie sich selbst, und auch durchgesickerte Abwässer seien ungefährlich, weil sie durch versickerndes Oberflächenwasser so verdünnt würden, daß sie ungefährlich seien.

Hier sehen wir im Prinzip jene Haltung, mit der bei der Luftreinhaltung lange Zeit versucht wurde, notwendige Verbesserungen zu verschleppen. Es bleibt auch unberücksichtigt, daß sich unsere Abwässer völlig verändert haben. Die Abwässer von heute sind bei weitem nicht mehr so harmlos wie vor 50 Jahren oder - anders ausgedrückt - um ein Vielfaches aggressiver und gefährlicher als früher.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß - selbst wenn Abwässer durch Oberflächenwasser verdünnt werden - der Boden die Funktion eines Filters übernehmen muß. Irgendwann aber ist jeder Filter „zu“! Er kann die ihm aufgezwungene Aufgabe nicht mehr erfüllen, und die Gefahrenstoffe dringen ins Grundwasser. Dann ist höchste Gefahr gegeben - möglicherweise auf längere Zeit un bemerkt.

Aber auch die „Filter“, nämlich die mit zum Teil hochgefährlichen Stoffen gesättigten Böden bilden eine Gefahr. Wie lange wollen wir noch warten? Was ist zu tun?

Unser Kanalsystem muß den neuen Erkenntnissen angepaßt werden. An die Dichtigkeit des Systems müssen höhere Anforderungen gestellt werden. Und: die aggressiven Abwässer unserer Zeit erfordern resistente oder zumindest langfristig widerstandsfähige und zuverlässige Materialien.

Die Tatsache, daß sich unser Kanalsystem einer direkten Beobachtung entzieht, darf uns nicht dazu verleiten, dies Problem aus den Augen zu lassen oder gar die Augen davor zu verschließen.

(-/14.1.1988/va-hs/rs)



Einsicht und fehlende Konsequenz

.....
Zur Baupolitik der Bundesregierung

Von Dr. Dietrich Sparling MdB

Die Bundesregierung hat unmittelbar nach ihrer Amtsübernahme im Herbst 1982 das offiziell verfeimte Instrument der wohnungspolitischen Programme benutzt, um Bauwirtschaft und Wohnungsbau anzukurbeln. Die Maßnahmen wie zum Beispiel Zuschüsse zur Zwischenfinanzierung noch nicht zuteilungsreifer Bausparverträge waren vorher schon in ähnlichen Situationen von der sozialliberalen Koalition entwickelt und genutzt worden.

Die Bundesregierung geht heute, unterstützt durch eine Studie des Bundesbauministeriums davon aus, daß diese Belebnungsmaßnahmen erfolgreich waren.

Staatssekretär Echternach erklärt: „Vor Verabschiedung des Programmes im Herbst 1982 hatte die Bau- und Wohnungswirtschaft einen Tiefpunkt erreicht.“

Und: „Das von Anfang an zeitlich klar begrenzte Programm ist ohne lange Vorlaufzeit wirksam geworden und dann mit dem konjunkturellen Aufschwung ausgelaufen. Das Programm hat insofern erwartungsgemäß gewirkt.“

Nur: Die Kürzungs- und Streichpolitik der Bundesregierung hat zu einem neuen absoluten Tiefstand der öffentlichen Investitionen und des privaten Wohnungsbaues und damit der Bauwirtschaft geführt.

Zur Konsequenz aus der Einsicht in diese Situation und die positiven Erfahrungen auch mit den eigenen einmal ergriffenen Belebnungsmaßnahmen aber reicht es nicht mehr.

Der Versuch, die Wirtschaft erneut anzukurbeln, um Arbeitsplätze zu sichern, findet nicht mehr statt.

(-/14.1.1988/vc-he/rs)

* * *